

Weser Kurier 4. Mai 2013

## „Energienetze gehören in Bürgerhand“

Hamburger gründen Genossenschaft / Beteiligung an Stromverteilung der Stadt geplant

VON BERIT WASCHATZ

**Hamburg.** Energiegenossenschaften liegen im Trend. Jetzt haben auch Bürger in Hamburg eine solche gegründet: Die Energie-Netz Hamburg eG. Sie wollen gemeinsam das Hamburger Stromverteilnetz erwerben und betreiben – am liebsten zusammen mit der Stadt. Denn am 22. September stimmen die Hamburger in einem Volksentscheid über den Rückkauf der Energienetze durch die Stadt ab.

„Unsere Überzeugung ist, dass Energienetze in Bürgerhand gehören“, sagte Matthias Ederhof, Vorstand der neuen Energiegenossenschaft. Er hält das Grundbedürfnis nach bezahlbarer, sicherer und sauberer Energie für ein Menschenrecht. Die Energieversorgung dürfe daher nicht privatwirtschaftlich orientierten Unternehmen überlassen werden. „Wir wollen, dass die Erträge, die mit Leitungsnetzen erzielt werden, in der Region Hamburg bleiben.“ Zudem wollen die Bürger mit der Genossenschaft die Energiewende unterstützen, indem sie dezentrale Erzeugungsanlagen

und Speicher fördern und ausbauen. Ende 2014 läuft die Konzession für das Hamburger Stromverteilnetz aus. Dann wird sie für die nächsten 20 Jahre neu vergeben.

Die Genossenschaft will sich entweder an einem rekommunalisierten Stromnetz-Unternehmen beteiligen oder sich Anfang 2014 zusammen mit einem leistungsfähigen Partner selbst um die Stromnetz-Konzession bewerben. Dabei bevorzugt man eine Kooperation mit der Stadt. Sie hält eine gemeinschaftliche Rekommunalisierung für eine attraktive und bezahlbare Alternative zum hundertprozentigen Rückkauf. Dieser würde – für alle Netze, also auch Fernwärme und Gas – 2,2 Milliarden Euro kosten. Und das ist Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) zu teuer.

Um die Hälfte des Stromnetzes erwerben zu können, müsste die Genossenschaft rund 100 Millionen Euro Eigenkapital einsammeln. Der Mindestbeitrag für einen Geschäftsanteil an der Energiegenossenschaft beträgt 150 Euro. Jedes Mitglied wird je nach Anzahl der Geschäftsanteile an der Gewinnausschüttung beteiligt.

Über die Höhe der Ausschüttung entscheidet die Generalversammlung. Die Rendite darf jedoch laut Bundesnetzagentur nicht über 7,14 Prozent liegen. Das steht aber ohnehin nicht im Vordergrund. „Vielen geht es darum, Geld sinnstiftend anzulegen“, sagte Lukas Beckmann, Mitglied im Aufsichtsrat der Energiegenossenschaft.

Das Problem: Die Stadt hat sich bereits anders orientiert und setzt auf die Energieunternehmen Vattenfall und Eon. Hamburg hat sich mit einem Anteil von jeweils 25,1 Prozent strategisch an den Netzgesellschaften für Strom, Gas und Fernwärme beteiligt. Insgesamt zahlte die Stadt dafür fast 550 Millionen Euro. Im Gegenzug müssen die Konzerne ihre Investitionspläne und den Einsatz der Brennstoffe mit der Stadt abstimmen. Dieser Deal steht und fällt jedoch mit dem Ausgang des Volksentscheids. Sollten die Hamburger für einen Rückkauf stimmen, soll der Vertrag rückgängig gemacht werden. Die Initiatoren des Volksentscheids „Unser Netz – unser Hamburg“ begrüßen jedenfalls die Gründung der Energiegenossenschaft.